

28. 2. 68

P R E S S E - E R K L Ä R U N G

Zum zweiten Mal Bundeswehreinsatz gegen den SDS Hamburg

Anlaßlich der Vietnam-demonstration des SDS Hamburg am 9. 2. 68 wurden erneut Einheiten der Bundeswehr gegen demonstrierende Studenten eingesetzt.

Ungeachtet der Protestwelle, die sich gegen den Einsatz von 80 Offizieren der Heemesoffiziersschule II Hamburg bei einer Predigt des Hamburger Theologieprofessors Thielicke am 13. 1. 68 formierte, hatte der Hamburger Innensenator Ruhnau am 1. Februar bei einer Veranstaltung des DRK Hamburg im Studentenwohnheim Bieberstraße erklärt, seiner Ansicht nach sei "der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im Innern nicht völlig auszuschließen."

Am 9. 2. setzte der Chef des Hamburger Innensenats seine Auffassung erneut in die Tat um. Zunächst war von den Kundgebungsteilnehmern geplant worden, im Anschluß an die Vietnamdemonstration das dem Kundgebungsort gegenüber gelegene Amerikahaus zu besetzen und in ihm ein Teach-in über den Aggressionskrieg der USA in Vietnam durchzuführen. Angesichts der massiven Vorbereitungen der Hamburger Polizei, die unter anderem Schäferhunde mit sich führte und Reitergruppen in Reserve hielt, sahen die Demonstranten von diesem Unterfangen ab. Stattdessen bildeten sie zwei Demonstrationzüge, die auf verschiedenen Wegen durch die Innenstadt zogen, dabei an verschiedenen Orten, neben anderen dem Hauptbahnhof, Halt machten, und sich schließlich zu einer Demonstration vor dem Springerhochhaus einfanden, um dort die Auslieferung der Springerzeitungen zu verhindern.

Ruhnau war auf diese Taktik nicht vorbereitet. Nachdem er erfahren hatte, daß die Demonstranten durch den Hauptbahnhof zogen, alarmierte er seine Polizeireserve. Diese wurde aber bald vor dem Springerhaus benötigt, weil der erste Demonstrationzug dort schon eingetroffen war.

Daraufhin forderte Ruhnau, der über das ihm unterstellte "Amt für Zivilen Bevölkerungsschutz und Verteidigung" (zusammen mit dem Verfassungsschutz in Hamburg 1, Johannswall 4 - Sprinkenhof - untergebracht) mit den Territorialeinheiten der Bundeswehr in den Wehrbereichen I (Schleswig-Holstein) und II (Niedersachsen) koordiniert ist, Bundeswehrsoldaten an.

Sämtliche Ausgänge, auch die zu den U- und S-Bahnen, wurden von Soldaten in doppelter Gruppenstärke besetzt. Die Soldaten trugen Knobelbecher und olive Winterjacken zum Kampfanzug. Gegen 23 Uhr wurden sie wieder abgezogen. Zum Abtransport wurde u. a. ein Zug der Bundesbahn auf dem Gleis 11 oder 12 benutzt; um diese Uhrzeit sind die Gleise 11 und 12 normalerweise nicht befahren.

Ruhnau ließ den Hauptbahnhof durch Bundeswehrsoldaten gegen möglicherweise erneut durchziehende Demonstranten abriegeln, weil im Jahr 1967 (ebenfalls im Monat Februar) schon einmal eine Viet-

namdemonstration des SDS als einem sit-in im Hauptbahnhof geendet hatte. Damals war der nigerianische Medizinstudent Obi Ifeobu von der Bahnpolizei willkürlich hartesgegriffen und anschließend auf Geheiß Ruhnau von der Hamburger Ausländerpolizei nach Nigeria abgeschoben worden.

Ruhnau weiß, daß der Einsatz von Bundeswehrsoldaten im innern Verfassungsverrat ist. Der ehemalige persönliche Referent Breiners weiß aber auch, daß er die Bundeswehr auf Verdacht hin eingesetzt hat. Als Repräsentant der in der BRD herrschenden Gewalt wandte er auf Verdacht hin das massivste Instrument an, über das der Staatsapparat verfügt: die Armee. Er hat bewiesen, daß den in der Bundesrepublik Deutschland herrschenden Institutionen die Verfassung ein Fetten Papier ist: es ist ihnen gleichgültig, ob dort über den Einsatz des Armeeapparats Bestimmungen existieren oder nicht. Ihnen dient die Verfassung und der als ihr gegebene Parlamentarismus nur zur Verschleierung ihrer Klassenherrschaft. In der reaktionären Strukturierung ihres Herrschaftsapparates lassen sie sich von der Verfassung nicht im geringsten beeinflussen.

Der Innensenat des Landes Hamburg ist (wie alle übrigen Bundesländer) mit der Bundeswehr organisatorisch eng verknüpft. Hieraus läßt sich ableiten, daß das koordinierte Eingreifen von politischer Polizei, Verfassungsschutz und Bundeswehr auf allen gesellschaftlichen Ebenen längst praktiziert wird.

Die Koordinierungsstelle im Hamburger Innensenat ist das "Amt für Zivilen Bevölkerungsschutz und Verteidigung". Schon 1963 verfügte es über folgende Abteilungen: "Notstandsplanung und baulicher Luftschutz, Luftschutzortbeschreibung, Objektkartei und Selbstschutz; Technische Aufgaben; Aufstellungsstab für den Luftschutzhilfsdienst; Recht und Gesetzgebung, Liegenschaften- und Wehrangelegenheiten (!); Katastrophenschutz." Seither ist es weiter ausgebaut worden.

Über dieses Amt steht der Hamburger Innensenat mit den Wehrbereichskommandos I (Schleswig-Holstein) und II (Niedersachsen) in direktem Kontakt; die Grenzen der beiden Wehrbereiche sind durch die Elbmündung festgelegt.

Die Wehrbereiche stellen die Organisationsform der Territorialbundeswehr auf Länderebene dar. Im Rahmen der bundesdeutschen Notstandsplanung wurden sie mit den zivilen Verwaltungsinstanzen verbunden (s. o.) und zwar lange bevor in den gesetzgebenden Gremien darüber auch nur die Rede war. Freilich wurde über diese Vorgänge jahrelang strengstes Stillschweigen gewahrt.

Die Grundlage der gegenwärtig auf breiter Basis im Aufbau befindlichen Notstandsmilizen bildeten von Anfang an die Territorialstreitkräfte der Bundeswehr. Aus der Unterabteilung IV G in der Abteilung Gesamtstreitkräfte der Bundeswehr wurden sie über das "Amt Territorialverteidigung" zum "Kommando der Territorialverteidigung" in ihrer Spitze ausgebaut. Ihr erster Chef war seit 15. 11. 1956 der Generalmajor Hans Joachim v. Horn.

Der Ausbau der Territorialbundeswehr, die nicht der NATO untersteht, vollzog sich in den weiteren Jahren von oben nach unten; ähnlich war die Entwicklung der nicht bundeswehrgebundenen Notstandsplanung (Ihr Zentrum, das Bundesamt für den Selbstschutz ist nicht zufällig im gleichen Ort - Bad Godesberg - untergebracht wie die TV-Zentrale).

Bis 1958 war die Zusammenarbeit der "Zivilverteidigungsorganisationen" mit der Territorialbundeswehr auf Länderebene perfekt; am weitesten fortgeschritten ist sie heute in den Wehrbereichen I und III (Nordrhein-Westfalen), die wegen ihrer strategischen Lage, ihrer wirtschaftlichen Bedeutung und ihrer suspekten Bevölkerungsstruk-

Philosophentum noch am Abend zu neuem Leben zu erwecken. Heft fest in der Hand hält. Für die SPD steht der Wahlkampf. Die Philosophen sind die Philosophen.

tur als "Schwerpunktbereiche" gelten. Sobald die Kommandeure der Wehrbereiche aus dem Bundeswehrdienst ausscheiden, werden sie in der Regel zu "Beratern der Landesregierungen für Zivilverteidigung" ernannt, z. B. Konteradmiral Rogge (Wehrbereich I) 1962 für das Land Schleswig-Holstein.

Seither haben mehrere große Manöver stattgefunden, bei denen die Wehrbereichskommandos gemeinsam mit den Länderbehörden den totalen Krieg gegen eine möglicherweise für ihre demokratischen Rechte demonstrierende Bevölkerung erprobten; z. B. wurde vom 23. bis zum 27. Okt. 1963 in Schleswig-Holstein und Hamburg unter dem Terminus "Landesübung 63" eine Stabsrahmenübung der Zivilverteidigung in Zusammenarbeit mit den Territorialeinheiten der Bundeswehr abgewickelt. An ihr nahmen über 1000 Beamte des Bundeslandes und der Kommunalverwaltungen teil. Sie wurden von Konteradmiral a. D. Rogge befehligt. Ähnlich verlief die im Oktober 1967 durchgeführte Notstandsübung "Orkan", die als sogenannte Katastrophenschutzübung getarnt war. Worum es in Wirklichkeit bei diesen Übungen wie auch beim Einsatz des Notstandsapparates gegen Studenten am 9. Februar ging, bewies die Antwort eines im Hauptbahnhof eingesetzten Bundeswehrsoldaten, auf die Frage eines Passanten, der wissen wollte, warum die Bundeswehrsoldaten alle Ausgänge besetzten: "Sie wissen doch: randalierende Studenten, Kräwalle!" Und ein anderer Soldat fugte hinzu: "Das nächste Mal schießen wir auf die." Das heißt: totale Mobilmachung gegen jede um ihre demokratischen Rechte kämpfende Bewegung.

Der SDS ist sich darüber im klaren, daß die von ihm aufgedeckte "Affäre" keine Affäre ist. Sie ist vielmehr Schlaglicht auf den kontinuierlich verlaufenden Abbau demokratischer Rechte durch die herrschenden Oligarchien und den ihnen unterstellten Staatsapparat. Deshalb kann es auch nicht mit "persönlichen Konsequenzen" sein Bewenden haben.

Der SDS fordert nicht nur die Absetzung Ruhnaus als Innensenator und der verantwortlichen Wehrbereichskommandeure.

Er fordert außerdem:

- Beseitigung des "Amtes für Zivilen Bevölkerungsschutz und Verteidigung" und Verwendung der freiwerdenden Mittel zu jeweils gleichen Teilen für eine demokratische Hochschulreform, für die Erhöhung der Sozialrenten in Hamburg und für die Senkung der Fahrpreise für die öffentlichen Verkehrsmittel.
- Aufhebung der Wehrbereichskommandos und der ihnen unterstellten Spezialtruppen wie Feldjägerbataillone, Fernmeldebataillone. Verteilung der freiwerdenden Gelder an die sozial Schwachen.

Um diese Ziele zu erreichen, wird der SDS im kommenden Sommersemester eine breite Demonstrationsbewegung mobilisieren.